

## SVP INTERNATIONAL

Postfach 8252, CH-3001 Bern

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: [info@svp-international.ch](mailto:info@svp-international.ch)

Internet: <http://www.svp-international.ch>



# Newsletter SVP International

Ausgabe vom Januar 2009

## SVP International sagt Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit

### Communiqué vom 23. Dezember 2008:

**Die SVP International hat die NEIN zur undemokratischen Paket-Vorlage und zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien gefasst.**

Auslandsschweizer kennen die Einwanderungsbestimmungen in allen Teilen der Welt. Gerade in ärmeren Ländern erhalten Ausländer oft nur eine Niederlassungsbewilligung, wenn sie genügend flüssige Mittel mitbringen. Begehen sie nur geringfügige Straftaten, so werden sie unverzüglich ausgewiesen. Für die SVP International ist es unbegreiflich, wieso die Schweiz mit derart unterentwickelten Ländern wie Rumänien und Bulgarien den freien Personenverkehr einführen will. Rumänien und Bulgarien sind ärmer als gewisse afrikanische Länder wie Äquatorialguinea oder Gabun, ärmer als lateinamerikanische Länder wie Chile, Venezuela oder Mexiko sowie ärmer als die Türkei.

Immer wieder wird verkündet, Schweizer nützen mit dem Freizügigkeitsabkommen vermehrt die Chance des freien Zugangs zum EU-Raum. Das ist nicht falsch, aber trotzdem irreführend: Betrachtet man die Zahlen genauer, erkennt man zwar eine Zunahme bei der Auswanderung, aber seit Jahrzehnten, nicht erst seit 2004, als die Schweizer dank bilateralen Abkommen den freien Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt erhielten. **Prozentual nahm die Zahl der Schweizer, die nach Europa gingen, seit 1994 immer etwa gleich stark zu (zwischen 5'500 und 8'000), 2004 verzeichnete man keinen Sprung, auch 2005 oder 2006 nicht.** 2007 erhöhte sich die jährliche Auswanderung nach Europa zwar auf 12'700, wobei sich im gleichen Jahr die Aus-

wanderung in den Rest der Welt sogar verdreifachte. Womit die proportionale Auswanderung nach Europa im Jahr 2007 sogar abgenommen hat. Denn in den letzten Jahrzehnten **nahm auch die Auswanderung nach Amerika oder Asien immer mehr zu**, in Länder also, mit denen wir bekanntlich keinen freien Personenverkehr pflegen.

Berücksichtigt man ausserdem, dass von den insgesamt rund 668'000 Schweizern, die Ende 2007 im Ausland lebten, 478'000 Doppelbürger sind, die keinen freien Personenverkehr brauchen, lässt sich leicht erkennen, dass die euphorische Auswanderer-Bilanz aufgrund des Freizügigkeitsabkommens schwach begründet ist. Auch die Aussage, die Personenfreizügigkeit erlaube es den Schweizer Studenten im Ausland zu studieren, stimmt zwar, ist jedoch unvollständig. So war es bereits vorher mit verschiedenen Studentenaustausch-Programmen (bspw. Erasmus) problemlos möglich, als Schweizer Student an einer ausländischen Universität Semester zu absolvieren. Die Tatsache, dass viele Schweizer Studenten auch an aussereuropäischen Universitäten, bspw. in den USA, studieren, zeigt klar auf, dass dafür keine Personenfreizügigkeit notwendig ist.

Gerade in einer Zeit der globalen Rezession kann die freie Einwanderung mit dem Armenhaus Europas verheerende Folgen auf unsere Löhne, unsere Beschäftigungszahlen und unsere Sozialwerke haben. Bringen wir unsere soziale und öffentliche Sicherheit nicht grundlos in Gefahr!

**Aus diesen Gründen fordert die SVP International die Stimmbürger auf, am 8. Februar 2009 klar NEIN zu sagen.**

## **Bilaterale: „Import-Export AG“**

Mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien verkommen die „Bilateralen“ endgültig zu einer „Import-Export AG“ auf dem Buckel der werktätigen Schweizer Bevölkerung: Exportiert werden Arbeitsplätze – importiert werden Sozialfälle. Den Befürwortern fehlen die Argumente. Darum heisst der neueste Trend: Kneifen statt Lügen.

Rumänien und Bulgarien sind die korruptesten Mitglieder in der EU-Staatengemeinschaft. Deshalb wurden Sofia und Bukarest von Brüssel bereits mehrfach scharf kritisiert. An solchen Ländern finden vor allem die multinationalen Konzerne gefallen. Das zeigt sich deutlich vor allem in Asien (z. B. Thailand) und Afrika (z. B. Nigeria). Denn mit korrupten Regierungen lassen sich die besten Verträge aushandeln: Energiekosten zu Dumpingpreisen, missachtete Umweltauflagen, Missachtung der Arbeitsverträge, Missachtung des Rechts auf Wasser für die Bevölkerung (Rayong, Thailand) etc.

Von einem Ja zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien profitiert also mit Bestimmtheit nicht „DIE Wirtschaft“ allgemein, sondern lediglich deren multinationalen Zweige. Der durchschnittliche Ausbildungsstand in beiden Ländern ist tief bis sehr tief. Also nichts von qualifizierten Arbeitskräften, die die Schweizer Wirtschaft angeblich so dringend braucht. Eher werden Schweizer Arbeitsplätze für einfache Produktionsvorgänge dorthin exportiert und Sozialfälle importiert. Denn in beiden Ländern hat die Wirtschafts- und Finanzkrise heftig zugeschlagen. Firmen werden geschlossen, wie zum Beispiel in Rumänien der Standort Pitesti des Kabelherstellers Leoni. Nicht nur die Romas, sondern auch andere Arbeitslose könnten bei einer Annahme der Erweiterung der Personenfreizügigkeit ungehindert in die Schweiz strömen und unsere Sozialwerke noch mehr lädieren. So wie es bereits in der EU der Fall ist.

Weil den Befürwortern stichhaltige Argumente fehlen, kommt es darum zu immer neuen absurden Behauptungen. Oder sie ziehen es vor, einfach zu kneifen, statt zu lügen. Wie FDP Nationalrat Gerold Bührer,

Präsident von Economie Suisse mit seiner Absage zu einer öffentlichen Diskussion mit Christoph Blocher an einer Veranstaltung der SVP. Fast-Bundesrat Hansjörg Walter (SVP/TG) straft sich selber Lügen, wenn er schwärmt, wie gut die Erfahrungen mit rumänischen Arbeitskräften in der Landwirtschaft seien. Denn damit hat er bewiesen, dass dazu keine Bilateralen nötig sind. Die bereits jetzt in der Landwirtschaft angeheuerten Rumänien sind – ohne Existenz der Freizügigkeit für dieses Land! – mit ganz normalen Arbeitsverträgen eingereist.

Darum heisst es am 8. Februar: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber und stimmen für die „Bilateralen“. Kluge und verantwortungsvolle Arbeitgeber, Angestellte und Werk tätige sagen deutlich „Nein!“.

**Urs C. Grassi**, Ho Chi Minh Stadt (VN)  
SVP International Delegierter

## **Personenfreizügigkeit = Kriminalität & Aushöhlung unserer Sozialwerke**

### **Gelesen aus spanischen Presse-Mitteilungen**

(Die Tageszeitung „El Periódico“ ist eine der auflagenstärksten Tageszeitungen Spaniens)

### **El Periódico, 22.08.08, Antinio Baquero, „50 köpfige Raubbande“.**

Los Mossos d'Esquadra (Catalanische Polizei) & Guardia Civil informieren, dass im Grossraum Barcelona/Girona bis Madrid, Valencia, Alicante, Murcia und den Balearen, eine 50-köpfige Raubbande (Ladrones de Camiones) ihr Unwesen treibt. Die Banditen rekrutieren sich ausschliesslich aus Rumänen und Bulgaren inkl. ihren Familiengruppen. Zitat; „etnia gitana, del este de Europa“! Die Delinquenten sind spezialisiert auf schnelles ausräumen abgestellter Lastwagen während die Chauffeure schlafen, im Restaurant etwas trinken oder das WC benutzen. Im Speziellen zielen die Raubzüge nach Produkten, die schnell handhabbar sind wie: Elektro-Geräte, Lebensmittel, Kleider, Tabak, sehr begehrt ist Kupfer. Laut dem zuständigen Polizeichef von Llagostera (Girona) haben rumänische und bulgari-

sche Delinquenten im August 2008 bei der Fa. Japic Petit S.A. drei Camions mit 75 Tonnen Kupfer im Wert von € 600'000 ausgeraubt. Bei einer weiteren Firma in Clerà wurde ein Camion beladen mit Tabak im Wert von € 500'000 überfallen und durch die Ostbanditen ausgeplündert.

**El Periódico, 04.09.08, David Placer, „Alarm in Barcelona!“**

Anwohner von Garten-, Park- und Freizeitanlagen in Barcelona wurden diesen Sommer durch Obdachlose aus Osteuropa enorm belästigt. Jeden Tag: Raub, Erpressung, Vergewaltigung, Vandalismus, schwere Prügeleien mit einheimischen Obdachlosen um Schlafplätze. Ausserordentliche Probleme/Störaktionen hinterlassen Roma-Familien inkl. ihren Hunden ausserdem im Eingangsbereich von Einkaufszentren, Wohnblocks am Strand durch Hinterlassenschaften menschlicher und tierischer Ausscheidungen, Feuerstellen, Plastik, Papier, Essensresten usw.

**El Periódico, 18.09.08, Xavier Adell, „Unsicherheit in Barcelona!“**

Xavier Adell recherchierte bei der Gardia Urbana (Stadtpolizei), wie auch bei der Sicherheits-Amtstelle (Comisaria de los Mossos d'Esquadra), betreffend enormer Klagen durch die Stadt-Bevölkerung und Tourismus-Organisationen. Während den Monaten Juli/August, wurden Strassenräuber und Dealer verhaftet, d.h. sofern man welche überhaupt dingfest machen konnte, wegen: 4'248 Drogendelikte / 1'096 Taschendiebe / 1'176 Hinterlassung von menschlichen Ausscheidungen / 821 wegen Schlafen und Campieren auf Trottoirs/Hinterhöfen. Die Delinquenten strömen ungehindert in grosser Anzahl (Schengen!) via Frankreich nach Spanien. Die Banditen arbeiten mit perfiden Ablenkungsmanövern, sind sehr flink und verschwinden umgehend auf gestohlenen Fahrräder oder Mofas!

**El Periódico, 07.10.08, Redaktion, „Barcelona meldet unhaltbare Situation durch „mafia rumana“!“**

Anlässlich einer Razzia durch Agenten der Policia Nacional (CNP) in einschlägigen Quartieren wurden 28 Prostituierte und mehrere Drogendealer verhaftet und weitere 109 Personen überprüft. Sämtliche Delinquenten sind inoffiziell eingewanderte

Rumänen, welche Prostitution und Drogenhandel mafiamässig unter ihrer Kontrolle halten!

**El Periódico, 17.10.08 Antonio Baquero / J.G. Alabalat, Abschreckung!**

Das Gericht von Badelona (b. Barcelona) veranlasste sieben Elternpaare rumänischer und bulgarischer Herkunft (Mafia de etnia gitana rumanos y bulgaros) zu verhaften zwecks Abschreckung. Die Jungbanditen verübten im Raum Barcelona 2006 1'384 und 2007 1'587 gewalttätige Raubüberfälle und Erpressungen auf Einheimische und Touristen. Da es sich um Jung-Räuber (Menores) von 7 bis 14 jährige handelt, konnten nur die Eltern inhaftiert werden! Die Behörden informieren zudem: In ihrem Zuständigkeitsbereich herrsche in der Bevölkerung Angst und Schrecken infolge der gewaltigen Vielzahl von gesetzwidrigen und papierlosen Zigeunerbanden aus dem Osten!

**Wochenzeitung: Diari Ebre, Tortosa 14.11.08 Polizeimeldung: Rumänisch/Bulgarische Räuberbanden!**

Mossos d'Esquadra (Catalanische Polizei) verhaftete mehrere Frauen und Männer ohne Papiere, rumänisch/bulgarischer Herkunft. Die Banditen verkauften in diversen Autobahnraststätten entlang der Autobahn AP7 erbeuteten Schmuck, Mobiltelefone, DVD-Geräte usw. überfallener Automobilisten entlang der Autobahn. Kommentar der Autobahnpolizei: „Wir werden den Autobahnräubern aus dem Osten schon lange nicht mehr mächtig!“

Täglich melden spanische Behörden gravierende Vorkommnisse mit illegal eingewanderten Rumänen und Bulgaren. Schengen lässt Grüßen!

**Zum Jahreswechsel Informiert Spaniens Innenministerium am 31. 12. 08:**

Spaniens Bevölkerung beschäftigt unter anderem: Arbeitslosigkeit, Korruption, Kriminalität und masslose Zuwanderung aus Osteuropa. Die sozialistische Regierung, lange Zeit oben genannte Probleme schönrednerisch minimierend, bestätigt nun, dass seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens am 1. Januar 2007 mittlerweile 728'967 Rumänen und 153'664 Bulgaren in Spanien eingewandert sind. Das Innenministerium bestätigt zudem,

dass der grösste Teil der Ost-Einwanderer mehrfach schwere Straftaten begangen habe. Die Kriminalitätsstatistik in spanischen Grosstädten (Elendsviertel) zeige seit dem Öffnen der Grenzen für Ost-Europäer eine erhebliche Zunahme von Mord, Raub, Entführung, Diebstahl, illegale Prostitution, Bettlereien, Mafiabanden usw. Die mittellosen Zuwanderer sind auf Beschaffungskriminalität angewiesen!

**Folgerung:**

**EU-Spanien ist durch die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien völlig überfordert. In Spanien, das selbst mit enormer Arbeitslosigkeit gebeutelt ist, werden zunehmend einheimische Arbeitskräfte durch Billigst-Ost-Zuzügler verdrängt! Seit dem EU-Beitritt ihres Landes kommen jeden Tag 1'209 Rumänen oder Bulgaren gesetzwidrig nach Spanien. In der spanischen Bevölkerung herrscht ein permanentes Gefühl von Wut und Unsicherheit!**

Deshalb gibt es für die kommende „Päckli-Abstimmung“ nur ein Schlagwort: **NEIN**

**Zur Erinnerung:** Wir liefern der EU jährlich gegen 400 Millionen CHF Steuern aus Zinserträgen ab (bilaterales Abkommen). Wir zahlen 1 Milliarde CHF an die EU-Oststaaten. Zusätzlich zahlen wir Hunderte von Millionen an Rumänien und Bulgarien. Wir bezahlen über 30 Milliarden CHF an die NEAT. Wir investieren Milliarden in EU-Forschungsprogramme. Wir ertragen die Belastung von jährlich über 5 Millionen Transit-EU-Lastwagen (21'000 Fahrzeuge pro Tag!). Über 210'000 Grenzgänger arbeiten in der Schweiz. Über eine Million leben aus dem EU-Raum bei uns.

**Die EU ist sehr wohl interessiert an den Bilateralen I, sonst hätte sie diese Verträge ja auch nicht abgeschlossen!**

**Viktor Nell**, L'Ampolla (Spanien)  
SVP International Mitglied

## **„Als Schweizer in Rumänien wohnen und arbeiten“**

### **Interview mit Michael Knobel**

---

Um die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände in den beiden neuen EU-Ländern Rumänien und Bulgarien erfassen und begreifen zu können, spricht man am besten mit Menschen, welche diese Länder von innen her kennen. Für diese Ausgabe hat die SVP International ein Interview mit einem in Rumänien wohnendem Mitglied geführt.

***Sehr geehrter Herr Knobel, vielen Dank, dass Sie sich für dieses Interview bereit erklärt haben.***

***Worin sehen Sie die grössten Unterschiede zwischen Rumänien und der Schweiz?***

Die Unterschiede sind enorm! Die Liste der Gemeinsamkeiten wäre kürzer... Der grösste Unterschied ist mit Sicherheit der generelle Lebensstandard, bewirkt durch ein viel kleineres Bruttoinlandprodukt, tieferen Löhnen, das Niveau der zum Teil desolaten Infrastruktur, das katastrophale Gesundheitswesen, welches zu einem grossen Teil noch auf Bestechung beruht (da die Ärzte und Schwestern ohne diese „Geschenke“ schlicht nicht mit ihrem tiefen Lohn leben könnten!), der Anteil von flachem, unbebautem Agrarland sowie die südländischere und risikofreudigere Mentalität der Menschen, welche durchaus auch ihre Vorteile haben kann.

***Was sind in Ihren Augen die grössten Probleme, mit welchen Rumänien zurzeit zu kämpfen hat?***

Die Korruption, welche sich auch auf sehr tiefen Niveau abspielt, die katastrophale Infrastruktur, das Gesundheitswesen, die grosse Bürokratie, die Minoritätenregelungen, das immer schlechter werdende Schulsystem sind nur einige der wohl grössten Problemzonen.

***Wie gravierend sind die Korruptionsprobleme Rumäniens? Haben Sie als Unternehmer auch schon Erfahrungen in diesem Bereich gemacht?***

Auf hohem Level sind diese sehr verbreitet und gehören für die Rumänen leider zum

Geschäfte machen dazu wie die Milch zur Schokolade in der Schweiz. Zudem sieht man die Korruption auch auf anderen Levels sehr verbreitet, wie zum Beispiel in Krankenhäusern (ohne „Geschenk“ wird vieles nicht erledigt, bis hin zur Narkose), bei Strassenpolizisten, in der Schule und an Universitäten, um Prüfungen zu bestehen, und an vielen anderen öffentlichen Stellen. Man muss aber aufpassen, das Ganze zu verteufeln. Die Korruption kann durchaus als nötiges Öl im bürokratischen und ineffizienten System wirken. Wenn man zum Beispiel von heute auf morgen alle Korruption abstellen täte, würden temporär viele Prozesse nicht mehr funktionieren und gewisse hart arbeitende unterbezahlte Menschen, wie zum Beispiel im Gesundheitswesen, ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können.

### ***Würde ein NEIN zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit für die Schweizer in Rumänien negative Folgen haben?***

Ich kann natürlich auf keinen Fall für alle sprechen, aber für mich persönlich ist es ein ganz klares Nein, es hätte keine Nachteile und ich wüsste nicht, für wen es wirklich welche haben könnte. Zudem wissen in Rumänien vom Normalvolk wahrscheinlich weniger als 0.2% von dieser Abstammung in der Schweiz und von den Politikern wahrscheinlich auch nicht mehr als 25%. Ich habe bis heute hier in keinen Medien, Diskussion und von Menschen, die mich als Schweizer kennen irgendwas gehört. Wobei man dieses Land auch nicht unbedingt als politbegeistert bezeichnen kann. Für eine starke Mehrheit der Rumänen sind alle Politiker sowieso nur korrupte Betrüger, weshalb die Wahlbeteiligung hier auch immer enorm tief ist.

Michael Knobel kam im Juni 2004 zum ersten Mal nach Bukarest/Rumänien und bezeichnet diese Stadt seit November 2004 den Mittelpunkt seines Lebens. Er ist Präsident/COO der Firma Nobel und war zuvor bereits in verschiedenen Städten in Südamerika tätig.

Michael Knobel ist seit Januar 2008 Mitglied der SVP International.

**Weitere Informationen zur Abstimmungsfrage finden Sie unter:**  
[www.personenfreizuegigkeit-nein.ch](http://www.personenfreizuegigkeit-nein.ch)

## **Schweizer, wacht auf**

---

### **Merksatz: Einwanderer, nicht Schweizer, müssen sich anpassen**

Es ist krankhaft, wie sich Schweizer fürchten, sich kritisch zu äussern über Einwanderer und andere Kulturen. Diese ewige `political correctness` geht zu weit. Die `mach es allen Recht`-Leute reklamieren, dass die Äusserungen die Einwanderer oder Flüchtlinge ärgern könnten.

Ich lebe schon seit vielen Jahren im Ausland. Ich, und alle andern Auslandschweizer, müssen sich den Gesetzen und der Lebensweise in diesen Ländern anpassen – es gibt keine speziellen Ausnahmen für uns. Und das trifft im besondern für islamischen Ländern zu.

Ich habe im Prinzip nichts gegen Einwanderer und Flüchtlinge. Aber diese Leute müssen einige Punkte verstehen. Die Schweiz hat ihre Kultur, ihre Gesellschaft, ihre nationalen Sprachen, Lebensgewohnheiten und Bräuche. Diese Kultur und Bräuche entwickelten sich über 100te von Jahren, durch gute, schlechte und harte Zeiten.

Die Schweizer Sprachen sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Romanisch. Und nicht jugoslawisch, arabisch, rumänisch, bulgarisch, indisch, etc. So alle, die in der Schweiz leben wollen – lernt eine unserer Sprachen.

Die Schweiz hat christliche Grundsätze. Wir feiern die christlichen Festtage. In den Schulen wird der christliche Grundsatz gelehrt. Schwimmunterricht ist für alle Schuler obligatorisch. Wenn das Ausländer stört – packt eure Koffern und sucht ein neues Gastland.

Ich habe kein Problem wenn ihr eure Traditionen feiern. Aber die Traditionen dürfen nicht im Widerspruch zu unsern Schweizer Gesetzen sein (z.B. Zwangsheirat, Ehrenmord etc.).

Das ist die Schweiz, unser Land, unsere Lebensweise. Hier könnt ihr in Sicherheit leben. Aber wenn euch unsere Gesetze, Bräuche und Lebensweise nicht passen – dann reist weg.

Vergisst nicht, in der Schweiz habt ihr viele Freiheiten und Rechte. Auch das Recht, die Schweiz für immer zu verlassen. Ihr seid nicht unter Zwang eingereist, so respektiert unsere Gesetze und Lebensweise.

Ihr passt euch uns an und nicht wir euch.

**Urs Zaugg**, Oakleigh (Australien)  
SVP International Mitglied

## **Leserbriefe:**

### **Wann kommt die politische Vertretung der Auslandschweizer?**

Im vergangenen August habe ich in der wunderschönen Stadt Freiburg am Kongress der Auslandschweizer teilgenommen. Als Präsident der Auslandschweizer-Organisation (ASO) unterstrich Herr Eggli die Forderungen der ausserhalb ihrer Heimat lebenden Schweizer bezüglich der politischen Anerkennung der fünften Schweiz.

Zu Recht fühlen sich die nahezu 800'000 Schweizer, die wie ich ausserhalb der Landesgrenzen leben, in den verschiedenen Institutionen des Landes von niemandem vertreten, sei das auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene. Ich habe es selbst erfahren: mein Kanton Genf hat mir klar zu verstehen gegeben, dass ich, obschon weniger als vier Stunden Zugfahrt im TGV von dort entfernt, nicht viel nütze!! Dabei habe ich einen Schweizer Pass, mein Heimatkanton ist Genf, meine Heimatgemeinde Bardonnex. Ich bin also gerade gut genug, um abzustimmen, und damit hat es sich. Es gibt zwar Schweizer Vertretungen, aber nur um sich mit Schweizern zu treffen, nicht mehr.

Deshalb bitte ich die Entscheidungsträger, uns, die wir unser Land vertreten, eine politische Anerkennung als Bürger ihres Landes in unseren Institutionen zu geben. Die Schweiz ist ein auf der ganzen Welt anerkanntes Land. Man beneidet uns um vieles, die Neutralität, die gute Aufnahme,

die Hilfsbereitschaft und kantonale Eigenheiten, ganz zu schweigen von der partizipativen und direkten Demokratie! In unserer Partei existiert zwar eine informelle Vertretung der Auslandschweizer, aber sie muss noch weiterentwickelt werden. Leben heisst Hoffen, doch die Tat muss stärker sein als die Absicht, und wir dürfen uns nicht allein mit Absichten zufrieden geben!

Deshalb, liebe Landesleute, lasst uns Druck auf die Gewählten aller Lager ausüben, damit wir endlich im eigenen Land die politische Anerkennung erhalten.

**Pierre Vogel**, Rosny sur Seine (F)  
SVP International Mitglied

### **Beschwerde an die Swiss Revue:**

„Sehr geehrter Herr Eckert

Ich schreibe Ihnen im Namen von Rolf Schudel, Präsident der SVP International und Mitglied des ASR.

In Ihrem Editorial der Dezember-Ausgabe der Swiss Revue schreiben Sie, dass die SVP „ihre anfängliche Zustimmung auf Druck der Basis in ein Nein umgewandelt“ habe. Tatsache ist: Die SVP hat sich nie für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ausgesprochen und hat der Paketvorlage nie zugestimmt!

Auch Ihre Aussage, dass die fast 400'000 Landsleute, welche in einem EU-Land leben, im Falle eines negativen Abstimmungsergebnisses Gefahr laufen, alle ihre Vorrechte in der Union zu verlieren, kann nicht so stehen gelassen werden. Erstens besitzen die meisten dieser 400'000 einen zweiten Pass, der ihnen alle Rechte eines EU-Bürgers gibt. Zweitens würde ein Nein am 8. Februar keine unverzügliche Kündigung der Personenfreizügigkeit nach sich ziehen. Der Bundesrat würde dies sicherlich nicht einfach so durchsetzen, vor allem nachdem das Resultat aufgrund der Paketvorlage gar nicht wirklich interpretierbar wäre. Die Frage der Weiterführung müsste noch einmal ins Parlament und dann, sofern ein Referendum ergriffen würde, in demokratischer Weise, wie vorgesehen, als Einzelvorlage zur Abstimmung gelangen. Drittens würden die

Schweizer in der EU selbst bei einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens wohl kaum Gefahr laufen alle ihre Rechte zu verlieren. Vor der Personenfreizügigkeit lebten auch schon 367'000 Schweizer problemlos in Europa und auch die Schweizer, welche ausserhalb der EU leben, können dies problemlos ohne Freizügigkeitsabkommen. Mit dieser Aussage lösen Sie bei vielen Auslandschweizer unberechtigte Angstgefühle und Unsicherheiten aus, nur um für die Abstimmung ein paar Stimmen mehr zu erhalten.

Ihr Aufruf am Schluss, jede Stimme der Auslandschweizer müsse an die Befürworter der Personenfreizügigkeit gehen, kann schon gar nicht mehr als politisch neutral bezeichnet werden, was die ASO ja eigentlich sein sollte.

Da die nächste Ausgabe der Swiss Revue erst nach der Abstimmung erscheint, bitten wir Sie, auf Ihrer Website eine Richtigstellung der beiden oben genannten Punkte vorzunehmen.

Es ist schade, dass die Swiss Revue damit einmal mehr einfach zum Sprachorgan des Bundesrates verkommt, anstatt die Stimmbürger im Ausland ehrlich und ohne Angstmacherei über die politischen Vorlagen zu informieren.“

*Herr Eckert entschuldigte sich für die Falschmeldung und versicherte uns, die Berichtigung würde auf der Website der Swiss Revue aufgeschaltet. Dies wurde zwar gemacht, jedoch findet man die Berichtigung kaum. Grund: Unser Email wurde unter „Leserbriefe“ aufgeschaltet. Nun thront also das ungeänderte Editorial von Herrn Eckert weiterhin auf der Frontseite, während die Berichtigung der SVP unter Leserbriefen zu suchen ist. Darauf angesprochen, entgegnete Herr Eckert, eine Aufschaltung der Richtigstellung auf der Frontseite würde nicht ihrem Konzept entsprechen.*

**Die SVP International fordert ihre Mitglieder auf, sich gegen die einseitige Berichterstattung der Swiss Revue zur Wehr zu setzen und in Leserbriefen auf eine neutrale Abstimmungsinformationen zu beharren.**

**Herzlichen Dank für Ihre Mithilfe!**

## **VARIA:**

### **Eintragung für SVP-News:**

---

Mit einer Eintragung Ihrer E-Mail Adresse in die Mailing-Liste der SVP erhalten Sie die Medienmitteilungen, jeden Montag den Pressedienst und andere interessante Informationen rund um Themen der SVP, kostenlos per E-Mail.

Eintragen können Sie sich auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch) unter der Rubrik Gratis-Newsletter.

### **Erinnerungen:**

---

Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz 2009 werden an folgenden Daten stattfinden:

**28. März 2009 in La Brévine, NE**

**20. Juni 2009 im Kanton St. Gallen**

**22. August 2009 im Kanton Graubünden**

**3. Oktober 2009 im Kanton Genf**

Als Mitglied der SVP International sind Sie natürlich immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV der SVP Schweiz teilzunehmen.

Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich gerne bei uns melden.